

Position der AG „Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt“ zum durch das Umweltbundesamt geforderten Verbot von Holzheizungen

Augsburg, den 03.03.2022

In Deutschland werden noch immer ca. 70 Prozent aller Heizungsanlagen mit Erdgas oder Öl betrieben (Abb. 1). Die Klimaziele der Bundesregierung wurden 2020 im Bereich der Wärmeversorgung verfehlt. Der CO₂-Ausstoß beim Heizen soll halbiert werden, um das Ziel für 2030 zu erreichen (<https://www.deutschlandfunkkultur.de/neustart-fuer-die-energiewende-heizen-ohne-oel-und-gas-100.html>).

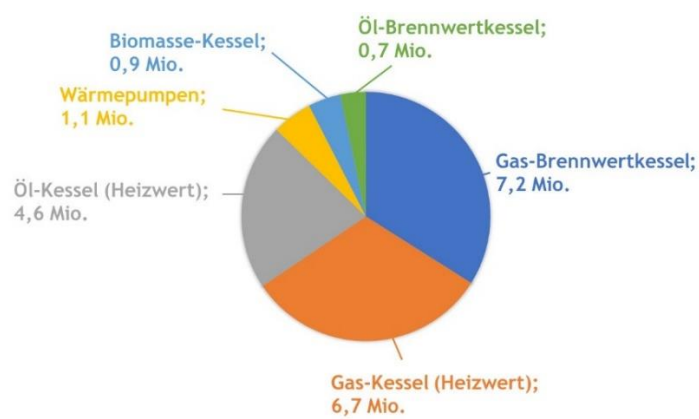


Abb. 1: Bestand zentraler Wärmeerzeuger für Heizungen in Deutschland nach Kategorie im Jahr 2020 (Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/165282/umfrage/gesamtbestand-der-zentralen-waermeerzeuger-in-deutschland/>)

Ein Teil der Kosten für den Austausch von Ölheizungen durch neu eingebaute Heizungsanlagen wird daher als Anreiz mit der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) von der Bundesregierung erstattet. Der Austausch einer alten Ölheizung gegen eine neue Holzpellet- oder Scheitholzheizung wird vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) mit bis zu 45 Prozent bezuschusst (<https://www.swp.de/panorama/heizen-holz-verbot-pallete-ofen-foerderung-neue-heizung-62808017.html>). Für das Heizen mit Holz waren bisher die stärksten Argumente, dass es sich bei Holz um einen nachwachsenden Rohstoff handelt, sowie seine positive Klimabilanz. Holz galt als klimaneutral und ermöglichte so gegenüber fossilen Energieträgern wie Erdgas und Erdöl eine sehr hohe CO₂-Einsparung. Geht es nach dem Umweltbundesamt (UBA) soll das Heizen mit Holz bzw. Pellets vor dem Aus stehen (<https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/luftqualitaet-umweltbundesamt-will-kamine-verbieten-trotz-guter-luftqualitaet-id61719636.html>). Als Grund für das mögliche Verbot von Holzheizungen führt der Präsident des UBA die große Feinstaubbelastung durch Holzheizungen an. Dabei stellen laut Informationen des UBA von 2020 Holzheizungen die zweitkleinste Quelle mit gerade einmal gut 8% der Feinstaubemissionen dar (Abb. 2). Gemäß Auskunft des UBA geht die Feinstaubbelastung in Deutschland kontinuierlich zurück, was ebenfalls in Abb. 2 dargestellt ist (<https://www.umweltbundesamt.de/daten/luft/feinstaub-belastung#feinstaub-konzentrationen-in-deutschland>).

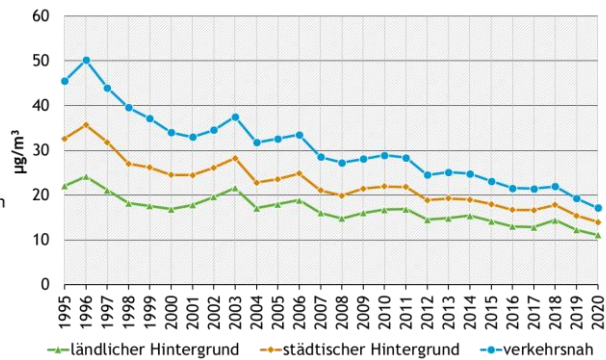
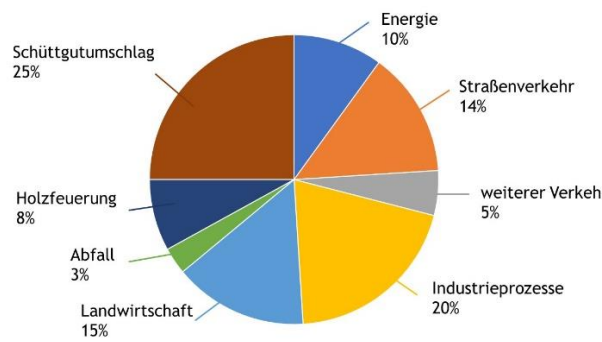


Abb. 2: links: Feinstaub primäre Emissionen im Jahr 2019 (Quelle: <https://www.bfr.bund.de/cm/343/luftqualitaet-2020-situation-und-quellanalyse.pdf>), rechts: Trend der Feinstaubkonzentration in Deutschland (Quelle: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/luft/feinstaub-belastung#feinstaub-konzentrationen-in-deutschland>)

In Deutschland gibt es ca. elf Millionen Holzöfen und etwa 800.000 Heizkessel für feste Brennstoffe. Diese stoßen pro Jahr rund 20 Kilotonnen Feinstaub aus. Durch die Verbrennung von Holz entsteht bis zu 2.500-mal mehr Feinstaub als bei Gasheizungen (https://www.haufe.de/immobilien/wirtschaftspolitik/wird-das-heizen-mit-holz-verboden_84342_561214.html).

Die Luftverschmutzung in den 27 EU-Mitgliedsstaaten gilt gemäß Europäischer Umweltagentur als erhebliche gesundheitliche Belastung, welche zu zahlreichen vorzeitigen Todesfällen und Krankheiten beiträgt. „Feinstaub stellt dabei die größte Belastung dar“, so der Präsident des UBA. Die Umweltagentur führte für das Jahr 2019 in Deutschland 53.800 vorzeitige Todesfälle auf eine dauerhafte Belastung mit Feinstaub zurück (<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemittelungen/luftqualitaets-grenzwerte-in-deutsch-land-2021-nahezu>).

Als alternative empfiehlt der Präsident des UBA Wärmepumpen oder Solarthermie (https://www.haufe.de/immobilien/wirtschaftspolitik/wird-das-heizen-mit-holz-verboden_84342_561214.html). Aus unserer Sicht, stellen weder Wärmepumpen, noch Solarthermie adäquate Alternativen dar. Gerade in den Herbst- und Wintermonaten ist die Sonnenscheindauer durch Schlechtwetterphasen und Nebel stark beeinträchtigt, was unter Umständen zum Totalausfall über mehrere Tage bzw. Wochen führen kann. Wärmepumpen können in Neubauten eventuell als Alternative angesehen werden, es muss jedoch der enorme Strombedarf berücksichtigt werden. Da in Deutschland aber bereits seit Monaten auf das Versorgungsproblem mit elektrischer Energie hingewiesen wird und vor größeren Blackouts gewarnt wird, würde das großflächige Umrüsten auf Wärmepumpen zu einem großen Versorgungsengpass führen. Bereits die Umrüstung auf die E-Mobilität führt zu einem zusätzlichen massiven Verbrauch an elektrischer Energie. Ein weiterer Aspekt, welcher gegen Wärmepumpen in Altbauten spricht, ist der extreme finanzielle Aufwand, welcher für die meist notwendige Generalsanierung (wie etwa Fassadendämmung, Dachdämmung) betrieben werden müsste. Für Altbauten stehen daher aus finanziellen Gründen oft nur die Energieträger Öl, Gas oder Holz zur Verfügung. Die weitere künstliche Verknappung, der für das Heizen zur Verfügung stehenden Energieträger, würde zu weiter steigenden Energiekosten vor allem auch im Bereich der elektrischen Energie führen, was zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Gerechtigkeit beitragen würde und daher auf unsere grundsätzliche Ablehnung stößt. Solche Pläne sind sozial ungerecht und gehen an der Lebenswirklichkeit unzähliger Menschen komplett vorbei, zumal der finanzielle Spielraum die letzten zwei Jahre für viele sowieso schon sehr eng geworden ist und wie es aussieht, künftig eher noch enger werden wird.

Aus unserer Sicht ist die Umstellung auf Alternativen wie Wärmepumpen oder Solarthermie aus oben genannten Erwägungen abzulehnen. Des Weiteren wären die gesamten staatlichen Zuschüsse und Förderungen für die Sanierung und Umrüstung alter Ölheizungen in neue Pellet- und Scheitholzheizungen eine gigantische Verschwendung von Steuergeldern gewesen. Vielmehr sind sinnvolle Alternativen, wie etwa das Nachrüsten mit Staubabscheidern zu bevorzugen. Des Weiteren betrachten wir es als nötig, eine Planungs- und Rechtssicherheit herzustellen sowie die Ausrichtung und Forschung bezüglich vollkommen neuer Energiequellen zu fördern.

Dr. Markus Ulrich, Dieter Geßler, Sabine Gastl, Dr. Eva Leuschner, Gerhard Müller, Arthur Ferber, Alexander Denner, Elmar Straube, Verena Höhberger, Tabea Litzkendorf

Arbeitsgruppe „Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt“ des Kreisverbands Augsburg

Gerhard Presser, Dr. Markus Ulrich, Verena Höhberger, Manuela Lanzer, Rainer Schwenkreis, Christine Göppel, Helga Sättler, Barbara Fuhrmann, Silvia Barresi, Etienne Dame

Vorsitzende des Kreisverbands Augsburg
Basidemokratische Partei Deutschland